Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Hessen

22. September 2026

Resolution der Schulleitungs-Tagung der GEW Hessen in Rüsselsheim:

Ressourcennot und hohe Arbeitsbelastung von Schulleitungen gefährden schulische Bildung

Der weitere Anstieg und die hohe Gesamtzahl der unbesetzten Schulleitungsstellen in Hessen belegen, dass die Rahmenbedingungen für diese Tätigkeit immer unattraktiver werden. Ende Oktober 2025 waren landesweit 253 Stellen unbesetzt. Ein Jahr zuvor waren 229 Stellen vakant. Dies entspricht einem Anstieg um rund zehn Prozent innerhalb eines Jahres.

Die Landesregierung ist aufgefordert, deutlich mehr Ressourcen für den Bildungsbereich bereitzustellen, anstatt Kürzungen vorzunehmen. Auch wenn sie jetzt nach öffentlichen Protesten ein „Bildungschancenpaket“ im Wert von 50 Millionen Euro geschnürt hat, bleibt die strukturelle Unterfinanzierung der Schulen dennoch bestehen. Außerdem werden nicht alle Kürzungen der jüngsten Vergangenheit zurückgenommen. So sollen von den 300 beim Sozialindex gestrichenen Stellen schrittweise 200 zurückgegeben werden – es bleibt damit ein Minus von 100 Stellen. Besonders ärgerlich aus Sicht vieler Schulleitungen war der Zugriff auf die schulischen Rücklagen, um den Landeshaushalt zu sanieren. Eine vorausschauende und nachhaltige Haushaltsführung der Schulen wurde dadurch konterkariert.

Gründe für die hohe Arbeitsbelastung von hessischen Schulleitungen sind unter anderem zu geringe Verwaltungskapazitäten, eine zu hohe Unterrichtsverpflichtung und ein Zuviel an Bürokratie. Belastend für die Schulleitungen und ihre Arbeit sind in vielen Fällen auch die Arbeitsplatzgestaltung, die bauliche und räumliche Situation der eigenen Schule sowie das Fehlen von pädagogischem Personal.

Um das zukünftig erforderliche qualifizierte Personal zu gewinnen, muss die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und der Schulleitungen reduziert werden. Dazu gehört die Herstellung einer echten Multiprofessionalität, nicht zuletzt durch mehr IT-Spezialist*innen und Schulpsycholog*innen. Die Digitalisierung an den Schulen gestaltet sich bislang insbesondere deshalb problematisch, weil das erforderliche Fachpersonal für den technischen Support fehlt.

Das Land und die Schulträger sind aufgefordert, die Umsetzung des Ganztags – insbesondere den Rechtsanspruch an den Grundschulen und Grundstufen anderer Schulformen ab diesem Schuljahr – unter qualitativen und quantitativen Aspekten aktiv zu steuern und für eine angemessene Bereitstellung von Ressourcen zu sorgen. Das Personal im Ganztag sollte direkt beim Land beschäftigt werden.

Das Land Hessen als Arbeitgeber sollte seinen Schulleitungskräften regelmäßig die Beteiligung an Belastungsstudien und gezielte Präventionsmaßnahmen anbieten. Ganz konkret sind zusätzliche Entlastungsstunden für Leitungskräfte, mehr Funktionsstellen sowie

eine adäquate Ausstattung mit Verwaltungspersonal erforderlich. Notwendig ist zudem eine bessere Bezahlung, speziell im Bereich der Grundschulen. Die Pflicht des Arbeitgebers, seine Beschäftigten durch eine Erfassung der Arbeitszeit zu schützen, muss endlich auch an den Schulen umgesetzt werden.

GEW Hessen • PF 1703, 60077 Frankfurt • Tel. 069/97 12 93-0 • E-Mail info@gew-hessen.de
gew-hessen.de • facebook.com/GEWHessen • instagram.com/gewhessen • youtube.de/hessengew